

Einfache Anfrage:

Der Frauen*streik kommt – ist die Stadt St.Gallen bereit?

Schweizweit sind Frauen* seit etwa einem Jahr dabei, den zweiten grossen Frauen*streik am 14. Juni 2019 vorzubereiten. Auch in St.Gallen sind die Vorbereitungen für einen Generalstreik aller Frauen* in allen Berufen und Lebenssituationen in vollem Gange. Die Gründe für einen Streik sind so vielfältig wie die engagierten Frauen* selber:

- Die durchschnittliche Frau* bekommt monatlich immer noch rund 1'400 Franken weniger Lohn als der Durchschnittsmann*. Die Lohndifferenz ist ein Zeichen einer strukturellen Schlechterstellung von Frauen* und der höheren Hürden, die sie in der Wirtschaft und Gesellschaft überwinden müssen.
- Frauen* leisten doppelt so viel Haus-, Familien- und Betreuungsarbeit in ihrer Freizeit, doch diese wird heute weder bezahlt noch als Arbeit anerkannt. Durch ihr grosses Pensum an Care Arbeit sind Frauen* oft nur teilzeit in die Lohnarbeit eingebunden, was die Lohnungleichheit weiter verschlimmert und dazu führt, dass Frauen* im Alter rund 40 % weniger Altersrenten erhalten und fast doppelt so oft auf Sozialhilfe angewiesen sind.
- Immer noch erleben Frauen* alltäglich Sexismus, beginnend bei Belästigung und endend bei der offenen Gewalt gegen Frauen*, welche wir gerade in den letzten Jahren wieder vermehrt und in schockierenden Formen wahrgenommen haben.

Die Frauen* der Schweiz haben bereits entschieden: Am 14. Juni 2019 wird aus all diesen Gründen wieder gestreikt. Frei nach dem Motto "Wenn euch unsere Leben nichts wert sind – produziert doch ohne uns!" soll wieder alles stillstehen. Der Streik ist also schon eine beschlossene Sache; alle Frauen* sind aufgerufen, daran teilzunehmen, und alle solidarischen Männer* sind aufgerufen, sie dabei zu unterstützen.

Da auch die Stadt als Arbeitgeberin von einem Streik betroffen sein könnte, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zum Frauen*streik 2019?
2. Wie hat die Stadt vor, streikenden Angestellten der Verwaltung entgegenzukommen? Plant sie eine pro-aktive Positionierung als Arbeitgeberin gegenüber ihren Mitarbeitenden?
3. Falls die Stadt ihren streikenden Angestellten nicht entgegenkommt: Mit welchen Konsequenzen haben die Frauen* zu rechnen, die trotzdem ihre Arbeit niederlegen?

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung.



Jenny Heeb (SP)



Andrea Scheck (JUSO)



Alexandra Akeret (SP)